

AStA

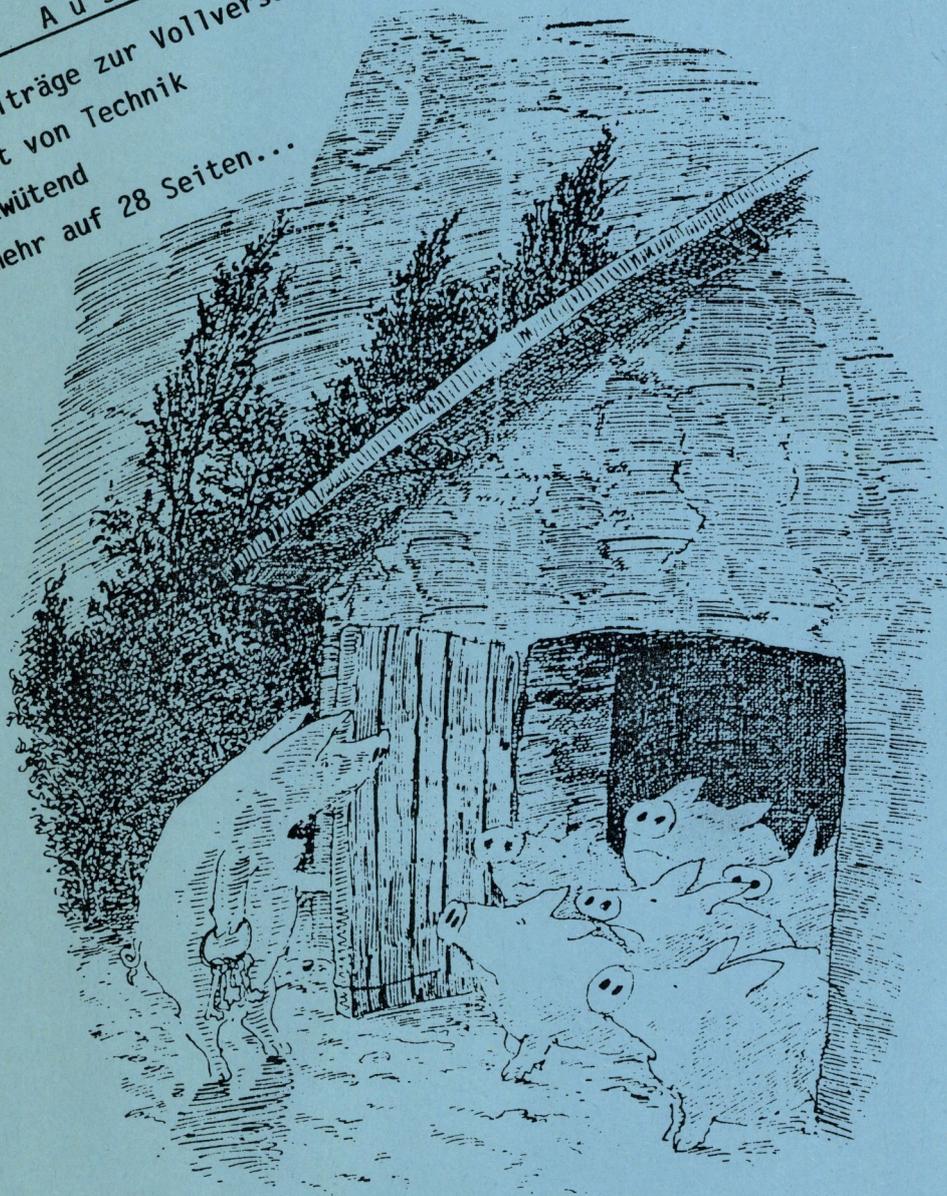
Zeitung

21.11.88

Nr. 9

Herausgegeben von der Studentenschaft der THD

In dieser Ausgabe:
 Berichte und Beiträge zur Vollversammlung
 Wertneutralität von Technik
 Frauen: Stinkwütend
 und vieles mehr auf 28 Seiten...



„Wenn ihr Schuß habt vor der Freiheit, geht zurück in euren Stinkstall und laßt euch verwarsten.“

Termine

- Mo 21.11.**
21.30 "Krone" CLAM DIGGERS (auch Di, Mi)
- Di 22.11.**
18.00 11/123 Vortrag von Erem Sezer (Greenpeace Frankfurt): Nordsee-Tod; Ursachen und Handlungsmöglichkeiten. (Veranst. TAT)
- Mi 23.11.**
18.00 60/Großer Hörs. Vortrag von Werner Orlowsky (Berlin): Behutsame Stadterneuerung zwischen Sozialverträglichkeit und stadtökologischer Notwendigkeit
21.00 Schloßkeller Kabarett "2 vor 12" mit allem was Männern Spaß macht
- Do 24.11.**
21.00 halbNeun WILD GEESE (Irish Folk)
21.00 Schloßkeller Lesung mit Alev Tekinay (Veranst. AstA THD)
21.30 "Krone" DRIVE A BRITISH CAR (UK Pop)
- Fr. 25.11.**
20.30 halbNeun Thomas C. Breuer mit neuem Kabarettprogramm
21.00 Schloßkeller TRES Samba, Bossanova
21.30 "Krone" BOYS AND TOYS (groovin' music)
- Sa 26.11.**
21.00 Schloßkeller HEAVY DUTY BLUESBAND (auch So)
21.30 "Krone" SOON COME (Reggae)
- So 27.11.**
21.30 "Krone" ARCHIE BROWN AND THE YOUNG BUCKS (Cow Punk)(?)
- Mo 28.11.**
20.30 halbNeun Kabarett "Bügelbrett" aus Berlin
21.00 Schloßkeller Frauendisco
21.30 "Krone" JUNIPER HILL (electronic body music) (auch Di)
- Mi 30.11.**
21.00 Schloßkeller LABORATORIUM Jazz aus Polen
- Do 1.12.**
9.45 Haupteingang Mensa Lichtwiese Sondermüllprobleme an der THD (Anmeldung beim AstA) Rundgang durch die Institute
19.30 Staatstheater Darmstadt Kleines Haus EL SALVADOR von Rafael Lima (deutsche Erstaufführung)

Hörfunktip:
Sa 26.11. 17.05 Uhr hr 2 Hochschuldisput
Ein Gespräch über Fragen von Studium u.



VERANSTALTUNGEN

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungen	Seite 2
Vorwort	Seite 3
Bericht von der Vollversammlung	Seite 4
Resolutionen der VV	Seite 8
FHS und Unis - GEMEINSAM (!?) ...	Seite 11
AG Studiensituation	Seite 13
Leserbrief: "Studentenbewegung???"	Seite 14
Frauen: "Stinkwütend"	Seite 16
Überlegungen zur Wertneutralität von Technik	Seite 17
Internationaler Währungsfonds	Seite 20
Bericht von der StuPa-Sitzung	Seite 21
Besprechung der Anti-Rassismus-Broschüre	Seite 22
Psychotherapeutische Beratungsstelle	Seite 25
Der AstA und das "allgemeinpolitische Mandat"	Seite 26
Aufruf an die LeserInnen	Seite 28

Impressum

Redaktion und V.i.S.d.P.: AstA der Technischen Hochschule Darmstadt.
Auflage: 1250 Exemplare.
Erscheint alle 14 Tage während des Semesters. Die AstA-Zeitung ist Mitglied der jungen Presse Hessen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Druck: AstA-Druckerei



Vorwort

Eine Zeitung, eine Seite, ein Vorwort. Wie immer auf Seite drei +++ Diese Ausgabe steht ganz im Zeichen der vergangenen Vollversammlung der Studentenschaft der TH: Ein kritischer Bericht mit Kommentar ab Seite vier (bitte umblättern) +++ Es folgen die verabschiedeten Resolutionen (nicht etwa Revolutionen, Gott behüte) über Wohnungs- und Studiensituation. +++ auf Seite acht +++ Um Wohnungs- und Studiensituation an FH's, TH's und Uni's geht's im Artikel ab Seite elf +++ Und damit immer noch nicht genug: Auf Seite 13 ruft die Arbeitsgruppe "Studiosituation" zu reger Beteiligung auf +++ Schließlich und endlich der (vorerst) letzte Beitrag zur VauVau: ein Leserbrief: "Studentenbewegung???" auf den Seiten 14 und 15 +++ Die Frauen sind stinkwütend: warum, steht auf Seite 16 +++ Der Artikel über die Wertneutralität von Technik sollte schon in der letzten Ausgabe erscheinen, was aber mangels Platz nicht ging: Jetzt endlich ab Seite 17 +++ Der zweite Teil unseres Berichtes über den Internationalen Währungsfonds findet Ihr auf Seite 20 +++ Und was sich letztens im StuPa abgespielt hat, wird auf Seite 21 erzählt +++ Die Zeitung kommt noch dicker: Ab Seite 22 wird die Anti-Rassismus-Broschüre besprochen. +++ Auf Seite 25 das Angebot der psychotherapeutischen Beratungsstelle des Studentenwerks: mehr als Hilfe bei allmorgendlicher Parkplatzphobie +++ Der Artikel auf den Seiten 26 und 27 kam schon einmal in der AStA-Zeitung, wird aber immer aktueller: AStA, wie hältst Du's mit dem allgemeinpolitischen Mandat? Mehr darüber eben a.a.O. +++ Und auf Seite 28 eine Ankündigung: ab sofort ist in der AStA-Zeitung eine Seite für Eure Beiträge reserviert. Die Redaktion eilt in freudiger Erregung stündlich zum Briefkasten, um Eurer eingegangenen Beiträge zu harren +++ Als nächstes folgt - nichts mehr, denn dicker darf die Zeitung nicht sein. Und aus der Redaktion gibt es außer begründeter Hoffnung auf eine neue Schreibmaschine (siehe auch Seite 21) nichts neues zu berichten. Aber: neue Ereignisse werfen ihre Schatten voraus... +++ nächstes Mal mehr +++ Viel Spaß beim Lesen dieser Zeitung wünscht

die Redaktion.



Bericht von der Vollversammlung

Das AudiMax ist voll, einige sitzen sogar auf den Treppen. Links und rechts hängen große Transparente: das eine meint, „Hausbesetzung finden wir gut“, das andere fordert „...Krieg den Palästen“. Kaum ist die VV eröffnet, entzündet sich an diesen Aussagen die erste Diskussion: Etwa die Hälfte der Anwesenden fordert, die Spruchbänder abzuhängen, die andere Hälfte will, daß sie hängenbleiben. „Fifty-Fifty“ entscheidet der Sitzungsleiter – die Parolen bleiben. So begann am Mittwoch vor zwei Wochen die Vollversammlung der TH-Studentenschaft.

Vielen ist es zu Beginn des Semesters klar geworden: So schlimm wie zu Beginn dieses Wintersemesters war es noch nie. Die Zahlen der Studierenden waren wohl noch nie so hoch, die die Überfüllung im Studium nie so groß, der Andrang auf dem Wohnungsmarkt so entmutigend. Handeln tut not. Das StuPa-Präsidium ruft eine Vollversammlung ein. Themen: Wohnungsnot und Studienbedingungen. Alle Studierenden sind eingeladen; der Präsident der TH empfiehlt, Lehrveranstaltungen ausfallen zu lassen.¹

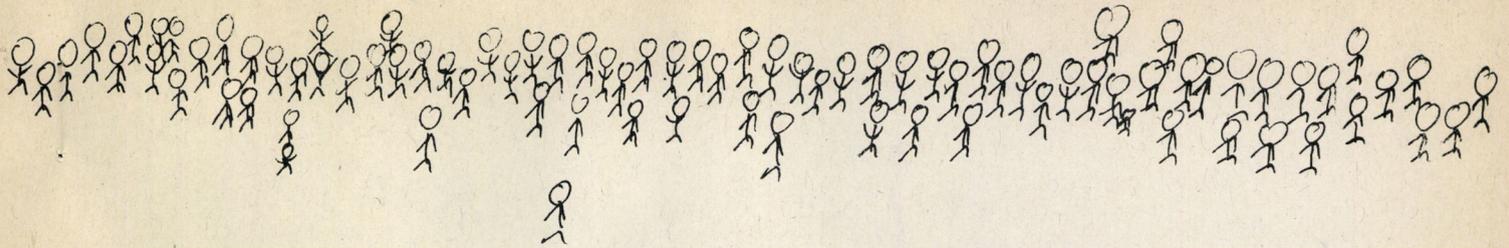
Als erster Redner schildert Michael Siebel, AStA-Geschäftsführer, die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche: „Du mußt dich prostituieren, um an eine Wohnung zu kommen“. Er geht auf die Probleme der AusländerInnen ein, die keine Chance auf dem freien Wohnungsmarkt haben:

¹Dennoch finden welche statt. Schweinerei!

„Wohnung wird als Ware, nicht als Grundbedürfnis angesehen.“ Schon vor fünf Jahren habe der AStA gefordert, neue Wohnheime zu schaffen. Tatsächlich sei aber nur ein Wohnheim in der Nieder-Ramstädter Straße mit 250 Plätzen neu gebaut worden. Daß der damals erwartete Pilleknick ausblieb, hätten die Verantwortlichen heute wohl eingesehen. Aber, so Michael: „Da sagt doch tatsächlich der Stadtverordnetenvorsteher Ebert: ‚Wer eine Wohnung will, bekommt auch eine‘. Da haben wir im AStA in wenigen Stunden 50 Wohnungssuchende zusammengetrommelt. Und? Er hatte wohl den Mund zu voll genommen...“ Fazit: Geredet wird viel, getan nichts.

Die anschließende Diskussion entzündet sich zunächst an der Frage, ob die Wohnungssituation nicht auch für andere als gerade die Studierenden schlecht sei. Ein Redner meint, die Forderung nach StudentInnen-Wohnheimen sei unsozial, weil damit besondere Privilegien für StudentInnen gesichert würden. Ein anderer gibt zu bedenken, immerhin würde durch neue Wohnheime die Nachfrage gesenkt und die Konkurrenz entschärft. Auch an diesem Punkt entzündet sich die Diskussion an der Frage, ob StudentInnen immer nur ihre eigene Situation im Kopf haben sollten.

Außerdem wird über Sinn und Zweck der Vollversammlung diskutiert: Ein Redner sieht in der Verabschiedung der Resolutionen lediglich eine „Delegation an



die Verursacher“, eine simple Aufforderung an die Verantwortlichen, die Probleme zu lösen. Erste Rufe nach weiteren Aktionen werden laut: „Wir üben keinen Druck aus, indem wir hier herumsitzen, wir sollten auf die Straße gehen und demonstrieren“. Der Applaus ist zaghaft, doch vernehmbar.

Herr Kaufmann vom Studentenwerk ergreift das Wort: Das Studentenwerk sei bemüht, weiteren Wohnraum zu schaffen. Er wolle sich dafür einsetzen, Mittel und Wege zu finden, Rücklagen von 10 Millionen zur Schaffung von neuen Wohnraum zu verwenden. Das Projekt eines neuen StudentInnenwohnheims mit 100 Plätzen läge vor: „Es könnte bis Ende '90 fertig sein, wenn Wiesbaden mitmacht“.

Der nächste Redner geht auf den Zusammenhang zwischen Wohnungs- und Verkehrsproblemen ein. So müßten 50-60% der StudentInnen nach Darmstadt und zurück pendeln, weil sie nicht in Darmstadt wohnen könnten. Aus Wohnungsnot folge Verkehrsnot. Er fordert die Bildung von Fahrgemeinschaften, besser: die Benutzung des Öffentlichen Nahverkehrs, noch besser: in Darmstadt zu wohnen. Aber...

Nun beginnt die Diskussion der Wohnungsnot-Resolution. Zuvor ist eine Resolution vom AStA vorbereitet und verteilt worden; diese soll nun verabschiedet werden, und alle sind aufgefordert, schriftliche Änderungsanträge einzureichen. Das klingt formal, und ist es auch; alle Anträge müssen vorgelesen und vielleicht auch diskutiert werden; oft geht es nur um ein Wort, das es dann aber in sich hat. Die meisten Anträge beziehen sich auf's Maklerunwesen: einige wollen die Forderung streichen, die „Abschaffung des Maklerunwesens“ anzustreben; andere fra-

gen: Warum nur die Makler, warum nicht gleich die Vermieter? und fordern, statt „Maklerunwesen“ „Vermieterunwesen“ zu schreiben. Eine dritte Gruppe findet, hier müsse „Vermieter- und Maklerunwesen“ stehen. Die Verwirrung wächst; schließlich wird der ~~Dritte Vorschlag~~ mehrheitlich angenommen.

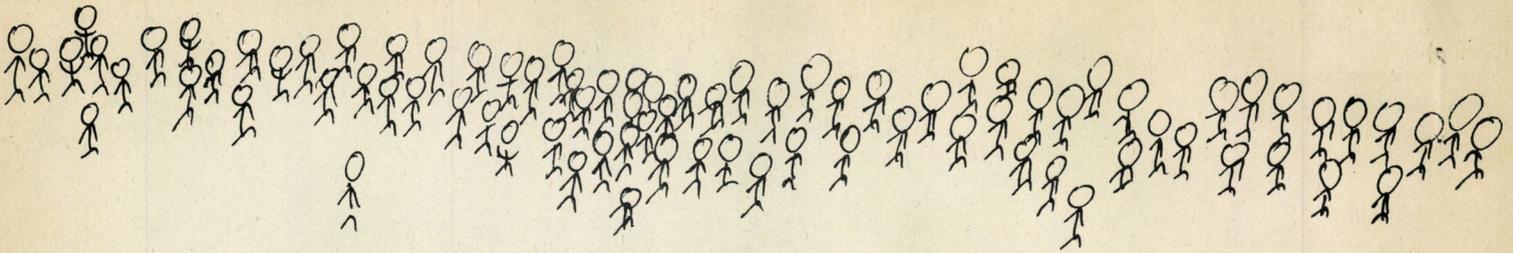
ursprüngliche
Ausdruck

Ähnlich wird dann Punkt für Punkt, Änderung für Änderung vorgelesen, diskutiert, abgestimmt. „Die Stimmung versinkt im Formalkram“ meint mein Banknachbar.

Kontrovers auch das Thema „Hausbesetzungen“. Ein Redner stellt den Antrag, der AStA möge Hausbesetzungen unterstützen. Lacher kommen auf, als ein Kommilitone eine Overhead-Folie auflegt: „Hausbesetzungen finden wir *nicht* gut!“ und ein anderer kurz darauf hinzufügt: „gez. Vereinigung der Hausbesitzer“. Die Abstimmung erfolgt, der Antrag wird abgelehnt.

Endlich wird die Resolution mit allen Änderungen verabschiedet; gute anderthalb Stunden sind bereits vergangen. Viele kapitulieren vor der Aussicht, einen ähnlichen Block erneut über sich ergehen zu lassen und packen ihre Sachen. Eine Rednerin ergreift das Mikrofon: Wo so viele Leute keinen Bock mehr auf VV hätten, sei doch jetzt die Gelegenheit, eine Demo zu machen. Andere wollen wenigstens bis zum Schluß der VV abwarten. Aber schließlich siegt die Angst vor der spontanen Aktion: Eine Demo soll gemacht werden, aber erst nächste Woche, bitteschön. Der AStA wird beauftragt. Ist ja auch einfacher so, als selbst auf die Straße zu gehen. Immerhin kann man/frau bei der Organisation mitmachen.

Die Zuhörerschaft hat sich merklich ver-



ringert, als zu Beginn des zweiten Themas „Studiensituation“ ein Vertreter der Fachschaft Maschinenbau, Jochen Huch, das Wort ergreift. Er habe „nichts spektakuläres“ zu berichten; von Jahr zu Jahr würden sich die Studienbedingungen stetig und ziemlich unauffällig verschlechtern. Die Übungsbetreuung sei schlecht: „Eine Kleingruppe mit 30 Leuten – was soll da ‚klein‘ sein?“, die Studienordnung werde zusehends verschärft. Von Drittmitteln aus der Industrie werde bei den MaschinenbauerInnen für Kampfflugzeuge geforscht. Unter starkem Beifall fordert er: „An der TH darf keine Rüstungsforschung stattfinden“.

Unterdessen leert sich der Saal weiter, ein Zwischenrufer meint: „Wer ’rausgeht, ist unsolidarisch!“

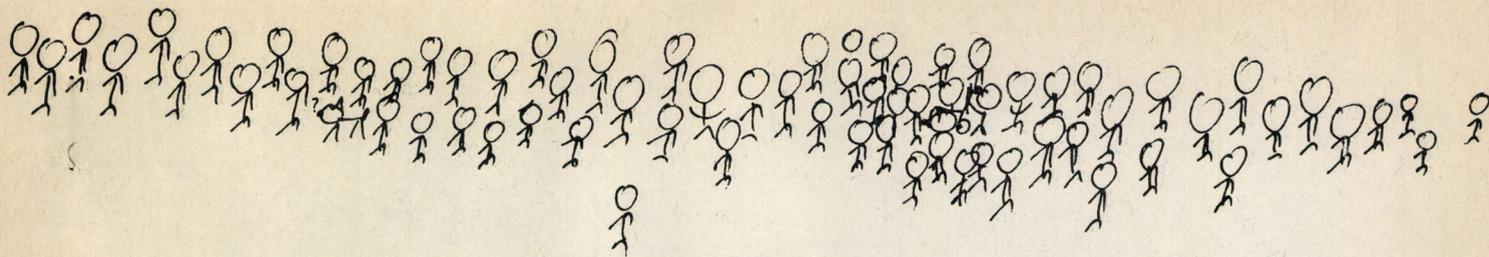
Tamara Krutschau von der Fachschaft Bauingenieurwesen erzählt, in ihrem Fachbereich seien in einer Blitzaktion sämtliche Arbeitsräume gestrichen worden [s. letzte Ausgabe, d.Red.]. Ähnliches geschehe bei den ArchitektInnen. Obwohl die StudentInnenzahlen immer weiter zunähmen, würden Professorenstellen gestrichen.

Der Vertreter von der Fachhochschule Darmstadt berichtet von der Situation an der FH: Die FH platze „aus allen Nähten“. Es fehle an Räumlichkeiten, an Stellen, an Geld. Seit Montag streikten die FHler aller Fachbereiche, am Dienstag hätten sie eine Demo mit 2000 StudentInnen quer durch Darmstadt organisiert. Unter dem Eindruck des Streiks hätte der Minister gestern ein Gespräch mit AStA-Vertretern geführt, das von 7000 demonstrierenden StudentInnen begleitet worden wäre. Zwar sei der Minister auf Raumforderungen teilweise eingegangen. Die restlichen Vorstellungen fanden die Vertreter jedoch „ziemlich enttäuschend“.

Der Redner schließt mit dem Aufruf zur Solidarität aller Hochschulen, ob FH, Uni oder TH, und ruft zu gemeinsamem Protest auf: „Vielleicht fahren wir mal alle gemeinsam nach Wiesbaden“.

Als letzter Redner vor der Diskussion kommt Peter Klemz, AStA-Referent, zu Wort. Er sagt, die angeführten Beispiele seien exemplarisch für die allgemeine Studiensituation der TH: „An der TH studieren ca. 16000 StudentInnen auf 9600 Plätzen“. Hieraus resultierten Numerus Clausus, Studiengebühren, Regelstudienzeit und BaFög-Beschneidungen. Er wirft den BildungspolitikerInnen schwere Versäumnisse vor, die Entwicklung verschlafen oder absichtlich übersehen zu haben. Außerdem, so Peter: „Es werden Forschungsschwerpunkte im High-Tech-Bereich installiert und überproportional mit Mitteln ausgestattet.“ So würden durch das Kapital Forschungsschwerpunkte und – indirekt – Lehrinhalte festgelegt. Kritische WissenschaftlerInnen seien nicht im Interesse der Geldgeber. Abschließend fordert er, die Hochschule solle Bildung vermitteln, die uns StudentInnen „in die Lage versetzt, über unser Fach hinaus gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu erkennen, zu beurteilen und in unsere Arbeit als WissenschaftlerInnen einzubeziehen.“ Daraus folge eine volle studentische Mitbestimmung: „Wir dürfen nicht länger zu Werkzeugen einer profitorientierten Minderheit unserer Gesellschaft werden!“

Die Diskussion der Resolution zur Studiensituation geht schneller; vielleicht sind die Leute ermüdet? Eine Gruppe spielt vom Band: „Allein machen Sie dich ein...“ und fordert, nicht die Studienbedingungen zu kritisieren, sondern das System Universität als ganzes zu kritisieren,



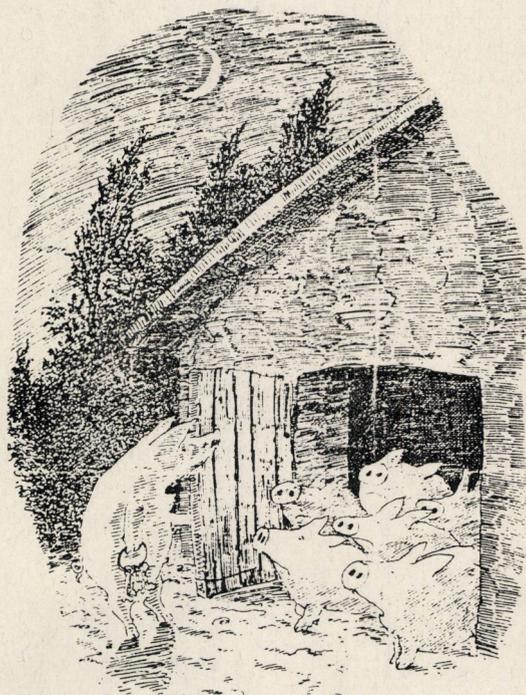
damit auch andere als StudentInnen davon profitieren mögen: „Wenn Ihr uns erziehen wollt, Euren Scheiß-Jobs hinterherhängt, kämpft allein. Aber wenn die Uni insgesamt kritisiert werden soll, kämpfen wir gemeinsam.“ Später wird der Text als Alternativresolution von der Fachschaft 2 eingebracht und abgelehnt werden [Der Text ist in dieser Zeitung veröffentlicht, d.Red.].

Ein Redner fordert, das BAFÖG weiterhin von der Bedürftigkeit abhängig zu machen: der Antrag wird angenommen. Von nicht mehr allzuvielen übrigens: Einer fragt, was eine VV mit sowenig Leuten überhaupt für einen Sinn habe? Schließlich und endlich sind alle Änderungsanträge durch, die Resolution wird angenommen und die Leute gehen nach Hause. Halt, nicht ganz: Ein paar bleiben übrig, um die Demo zu diskutieren. Und im AStA finden noch einige erregte Diskussionen statt, während zwei Leute die Resolutionen auf den neuesten Stand bringen, um sie zu veröffentlichen. Und es geht das Gerücht um, das Studentenwerk wolle demnächst die Mieten erhöhen. „Na denn, Prost!“ sagt ein Referent daraufhin.

Um eins vorneweg klarzustellen: Dies war *keine* typische Vollversammlung. Wer sich an die hitzigen Diskussionen bei den VVs zu Tschernobyl oder Volkszählung erinnert, stellt fest, daß eine VV ganz anders ablaufen und aussehen kann. Vielleicht lag es an den Themen: Tschernobyl oder die Volkszählung waren in aller Munde, ein/e jede/r konnte sich – um dieses schöne Wort zu gebrauchen – so richtig „betroffen“ fühlen. Eigentlich ist es mit Studien- und Wohnungssituation nicht anders: Auch hiervon sind wir alle „betrof-

fen“. Aber offensichtlich haben wir uns daran gewöhnt, keine Wohnung zu finden, daran gewöhnt, uns immer wieder neuen Studienverschärfungen zu beugen. Nein, das kennen wir schon, das reißt uns nicht mehr vom Hocker, und so ist es uns auch lieber, den AStA mit einer Demo zu beauftragen, statt selbst auf die Straße zu gehen. „Ich selbst komme schon durch“ lautet das Motto der Stunde. Solidarität, mit FH- oder TH-MitstudentInnen, hat da keinen Platz. Murren und VV-Handheben ist angesagt. Sorry: Es geht uns zu gut. Noch.

Bericht und Kommentar: Andreas Zeller

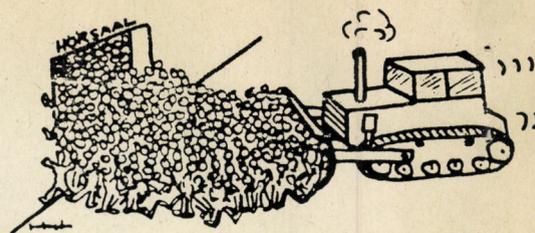


„Wenn ihr Scheiß habt vor der Fräse, geht zurück in euren Stinkstall und laßt euch verwarsten.“

Die von der Vollversammlung beschlossene Demonstration findet am Dienstag, den 13.12.1988 ab 17.00 Uhr als Fackelzug statt. Weitere Informationen sind im AStA erhältlich bzw. in der nächsten AStA-Zeitung.

Resolution zur Studiensituation

=====



Unsere Universitäten sind überfüllt wie noch nie zuvor, obwohl unsere Bildungspolitiker seit spätestens vorigem Jahr einen Rückgang der StudentInnenzahlen erwartet haben. Die seit Mitte der 70er Jahre bestehende Überlastung der Hochschulen ist mittlerweile als Normalzustand definiert. Schon dadurch herrschen an den Hochschulen seit nunmehr über 10 Jahren in vielen Bereichen untragbare Zustände und eine Besserung ist für die nächsten Jahre nicht zu erwarten. Zusätzliche Finanzspritzen erwiesen sich immer als einen Tropfen auf dem heißen Stein.

Versuche, diese Situation von staatlicher Seite über Zulassungsbeschränkungen (NC's) und BAFÖG-Änderungen zu regulieren, wirken außerordentlich diskriminierend, besonders gegenüber Kindern aus Arbeiterfamilien, Frauen und AusländerInnen. Desweiteren werden Gelder für die Hochschulen immer mehr dem Forschungsbereich zugeschoben, im Lehrbereich werden diese gekürzt. Die sich jetzt abzeichnende Situation kann vor diesem Hintergrund nur noch als Bildungskatastrophe bezeichnet werden.

DESHALB FORDERN WIR:

Die Hochschule ist mit mehr Räumlichkeiten (studentische Arbeitsräume, Seminarräume, Büros etc.) auszustatten, denn sie platzt aus allen Nähten. Weiterhin werden mehr Planstellen und Geldmittel benötigt, damit ein hinreichendes Lehrangebot und der Einsatz von studentischen TutorInnen sichergestellt und der Numerus Clausus abgeschafft werden kann.

Die direkten Kosten, die wir StudentInnen aufbringen müssen (Studiengebühren, Praktikums- und Übungsmaterial etc.), müssen abgeschafft werden, sowie das BAFÖG erhöht und auf sozialgestaffeltes und nach Elterneinkommen und Kinderzahl gestuftes Stipendium umgestellt werden. Die Wohnsituation muß entscheidend verbessert werden.

Das Studienangebot muß quantitativ und qualitativ erweitert werden, d.h. das fachübergreifende Lehrangebot muß ausgebaut und die Einbeziehung von gesellschaftlichen Zusammenhängen und Auswirkungen muß gewährleistet werden. Projektstudium und ganzheitliche IngenieurInnenausbildung muß gewährleistet werden.

Frauenförderpläne und Frauenforschung sind an einer Technischen Hochschule, in der Frauen immer noch in der Minderzahl sind, notwendig. Weiterhin fordern wir endlich die Schaffung der Stelle einer Frauenbeauftragten, eine bezahlte Stelle, die mit Rechten und Kompetenzen auszustatten ist.

Diese Forderungen gilt es umzusetzen, damit das Recht auf Bildung an den Hochschulen verwirklicht werden kann, und die Hochschulen nicht zu einer Spezialschule für Reiche und Fachidioten wird.

Der ASTa der THD wird aufgefordert, sich an der Organisierung gemeinsamer Protestaktionen von FH's und Hochschulen zu beteiligen.

Die von uns geforderte verbesserte materielle und personelle Ausstattung der Hochschulen darf nicht zu Lasten der sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachbereiche gehen.

Wir erklären uns mit den Forderungen der Fachhochschule solidarisch. Die THD und die anderen Universitäten dürfen nicht auf Kosten der Fachhochschulen ausgebaut werden.

Resolution zur Wohnungssituation =====

Die Wohnungssituation verschärft sich Jahr für Jahr. In Darmstadt ist die Lage eher noch schlimmer als in vergleichbaren Universitätsstädten. Auf dem "freien" Wohnungsmarkt ist kaum etwas zu finden. Wenn Studierende dann doch eine Wohnung haben, müssen sie oft bis zur Hälfte ihres monatlichen Einkommens für die Miete bezahlen. Vermieter können so die Vergabe von Wohnungen an die ohnmächtigsten, oft diskriminierenden Forderungen knüpfen. Ausländern und Ausländerinnen ist es so kaum möglich, noch eine Wohnung zu erhalten.

Geht man von den Wartelisten aus, so könnte das Studentenwerk dreimal so viele Studentenwohnheimplätze vergeben, wie zur Verfügung stehen.

Seit kurzem werden Studierende nicht einmal mehr bei der Vergabe von Sozialwohnungen berücksichtigt: Eine Änderung, die die katastrophale Lage des gesamten darmstädter Wohnungsmarktes für alle schlechter verdienenden Bevölkerungsgruppen widerspiegelt.

In Darmstadt werden zur Zeit gar keine Sozialwohnungen mehr gebaut, die Gelder werden zur Erschließung von Industriestandorten und nicht von Wohngebieten ausgegeben. Die Sanierung von Altbauvierteln, die hier in Darmstadt betrieben wird, schafft keinen Wohnraum, sondern führt zur Verringerung und Verteuerung der Wohnungen.

Die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung ist eine ebenso große Katastrophe. Das Geld fließt in die Finanzierung von Eigenheimen, nicht in den sozialen Wohnungsbau, wo das Problem am größten ist.

Leidtragende dieser Politik von Stadt und Bund sind auch die Studierenden.

DESHALB FORDERN WIR:

Umgehende Bereitstellung von Mitteln durch Land und Bund zum Bau weiterer StudentInnenwohnheime. Die Stadt Darmstadt wird aufgefordert, ein Gelände zur Verfügung zu stellen. Gemeinsame Trägerschaft eines Wohnheimneubaues von Studentenwerk und Sozialwohnungsbauträgern (Bauverein) ist zu prüfen. Damit ist auch das Argument entkräftet, daß Wohnheimplätze leerstehen könnten, wenn eines Tages der Studierendenberg überwunden sein sollte.

Eine wirkungsvolle Kontrolle gegen überhöhte Mieten ist nötig. Geschäftemacher dürfen nicht von den Fehlern der Wohnungspolitik profitieren.

Langfristig ist die Abschaffung des Maklerunwesens anzustreben. Ein effektiv arbeitender kommunaler Träger soll die Wohnraumvermittlung übernehmen und die Interessen von Vermietern und Mietern wahrnehmen. Die Leistungen dieses Trägers müssen unentgeltlich sein. Wir fordern die Stadt Darmstadt auf, eine kostenlose Wohnraumvermittlung für alle BürgerInnen zur Verfügung zu stellen.

Das Studentenwerk soll Häuser und Wohnungen ankaufen oder anmieten und an Studierende weitervermieten. Dadurch werden bestehende Wohnobjekte effektiver genutzt, als das sonst der Fall wäre.

Auflösung der Rücklagen von Bauverein und Studentenwerk zum Bau weiterer Sozialwohnungen und StudentInnenwohnheime. Die Rücklagen des Darmstädter Studentenwerks betragen zur Zeit über 10 Millionen Mark.

Stadt und Land sollen integrierte Wohnprojekte fördern. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sollen unter einem Dach leben können.

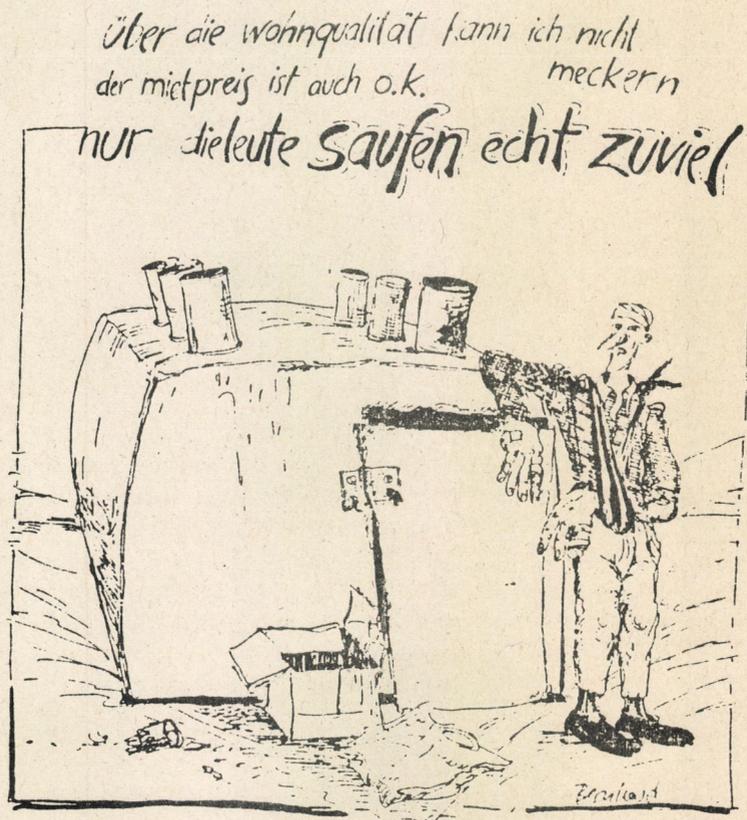
Der Ausverkauf von staatlichem und landeseigenem Wohnraum ist sofort zu stoppen.

Die in Darmstadt kürzlich abgeschaffte Wohnraumzweckentfremdungsverordnung muß wieder eingeführt werden, die unter anderem die gewerbliche Nutzung oder das Leerstellenlassen von Wohnraum verbietet. Es sind Bestrebungen zu fördern, die zur Wiederherstellung von Wohnraum dienen.

Land und Bund müssen die Sozialwohnungsbaumaßnahmen wiederaufnehmen.

Auch BAföG-EmpfängerInnen haben ein Recht auf Wohngeld. Wohngeld ist ein Zuschuß, BAföG ein Darlehen. Schon allein deshalb ist der bestehende Zustand verfassungsrechtlich nicht haltbar.

Sozialwohnungen müssen auch StudentInnen zur Verfügung stehen und auch angeboten werden.



Fachhochschulen und Universitäten

GEMEINSAM (!?) gegen schlechte Studienbedingungen und Wohnungsnot

Seit über drei Wochen tut sich etwas an den hessischen Fachhochschulen. Die von Mangel an Räumen, Lehrpersonal und Wohnungen in diesem Semester extrem betroffenen FH-StudentInnen haben entsprechende Forderungen gestellt. Demos, Streiks sowie Brief- und Telefonaktionen zum Hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst (HMWK) sollen ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Seit Dienstag, 15.11., befinden sich zudem sechs FH-lerInnen im Hungerstreik - ein im Verhältnis zu den Forderungen allerdings krasses und von daher problematisches Mittel.

Bisher hat das HMWK kleine Bonbons verteilt: Für die meisten FHs gibt es inzwischen kleine oder große Zugeständnisse in der Frage der Räume (was teils auch davon abhing, wie gut die Verbindungen des jeweiligen Rektors zum HMWK waren). Von den für Hessen geforderten insgesamt 100 Stellen, wurden bisher zwölf zugesagt - nämlich die, die im Nachtragshaushalt ohnehin schon vorgesehen waren. Damit es aber nicht dabei bleibt, wollen die Menschen von der FH weiterhin am Ball bleiben. Dabei haben sie v. a. den Termin des 22. November im Auge. An diesem Tag findet die 2. Lesung des Nachtragshaushalts '88 und des Haushalts '89 statt. Falls dann schon alles abgesegnet wird, ist die Mittelzuweisung fürs erste festgeklopft.

Daß es an der TH die Themen, die den FHs unter den Nägeln brennen, als weniger schlimm wahrgenommen werden, mag daran liegen, daß die Überfüllung der Vorlesungen und Übungen hier noch nicht ganz so drastisch ist. Die Wohnungsnot, die bei den Forderungen der FHs bisher eine geringere Rolle spielten, scheint ebenfalls noch in individualistischen Begünstigungsstrategien bewältigt- oder zumindest ertragbar zu sein. Tatsache aber ist, daß wir StudentInnen an Unis bzw. THs und an FHs im Prinzip mit denselben Problemen zu kämpfen haben - im Fall der Wohnungsnot ist ohnehin eine wesentlich größere Bevölkerungsgruppe als nur die Studis betroffen. Diese Gemeinsamkeiten scheinen uns nicht ausreichend bewußt zu sein. Und aus eben diesen Gründen sollten wir die FHs mit mehr als einer papiernen Solidaritätserklärung, wie sie auf der VV verabschiedet wurde, unterstützen. Da sich an der TH bisher kaum etwas getan hat, tauchten nach der VV Gerüchte an der FHD auf: "Die machen ihre Demo abends um acht", mit der Begründung "dann brauchen sie dafür ihre Vorlesungen nicht ausfallen zu lassen" (Voilà!).

Wenn Universitäten und FHs trotz gemeinsamer Probleme nicht zusammentun, nützt das den Verantwortlichen und schadet uns. Wenn wir Angst um die jeweils eigenen Pfründe haben und z. B. befürchten, die FHs könnten mehr gefördert werden zuungunsten der Unis; oder wenn wir nur Mittel für Univeritäten fordern, die FHs uns aber egal sind, fördern wir damit indirekt eine langsam, aber sicher aufkommende Elite-Politik. Die setzt auf Konkurrenz nicht nur zwischen den (Uni-)StudentInnen (wozu dienen wohl knallvolle Stundenpläne und Prüfungsdruck?) und auch auf Ab und Ausgrenzung anderer Studienabschlüsse. Wenn wir uns hier entsolidarisieren, haben wir außerdem noch weniger Chancen, die Rahmenbedingungen zu durchschauen, innerhalb derer unsere Misere abläuft und begründet ist.

In diesem Zusammenhang erscheinen einige Punkte problematisch, sowohl was das bisherige nicht-gemeinsame Vorgehen als auch das bisher nicht oder kaum stattgefundene Nachdenken über Gründe und "Rahmenbedingungen" betrifft. Zunächst aber: Es geht nicht darum, den FHs "dazwischenzufunken" oder ihnen vor, außen und "von oben herunter" etwas zu erzählen. Dagegen würden die Aktiven der FHs sich auch zurecht wehren.

Jedoch schien für einige VertreterInnen der FHs im Verlauf der Ereignisse selbst nicht immer klar zu sein, daß es sich hier um gemeinsame Probleme handelt, angesichts derer wir uns nicht aus Angst um die Happen aus dem Ministerium spalten lassen, schon gar nicht aber uns selbst spalten dürfen. Dieses Problem hat sich nun wohl auf einer weiteren Landes-ASTen-Konferenz (LAK) klären lassen. Dort konnte man/frau sich auch über weitergehende Punkte einig werden. Beim nächsten Gesprächstermin im HMWK wollen sich die ASTen-VertreterInnen nicht wieder in Einzelforderungen und -berechnungen festfahren und evtl. gegeneinander ausspielen lassen. Zu den Forderungen gehören:

- Keine Drittmittelforschung, d. h. Unabhängigkeit der Fach-/Hochschulforschung von der Industrie.
- Abschaffung der Praxissemester an den FHs, da die StudentInnen dort meist als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Statt dessen: Projektstudium.
- Keine schwerpunktmäßige Aufteilung der FHs in natur-/ingenieur- und

sozial-/geisteswissenschaftliche Ausrichtung.

- Keine Umschichtung der Mittel zuungunsten der sozial- u. geisteswissenschaftlichen Fachbereiche.
- Die FHs sollen auch der Weiterbildung dienen.
- Gleichstellung von FHs und Unis im Sinn von Gesamthochschulen.
- Förderung der Frauenforschung.

Was wir aber bei all dem nicht vergessen sollten, sind die Fragen nach den Interessen, die dahinter stehen, daß das Studium so ablaufen soll, wie die derzeitigen Vorgaben sind und daß Wohnraum knapp und teuer ist; warum diese "Interessenten" die Macht haben, ihre Vorstellungen auf die eine oder andere Weise durchzusetzen und was sie an Vorteilen und Gewinn davon auf unsere Kosten haben.

Die Beschäftigung damit ist auch nicht durch ein Treffen von LAK-VertreterInnen mit einem Minister zu ersetzen.

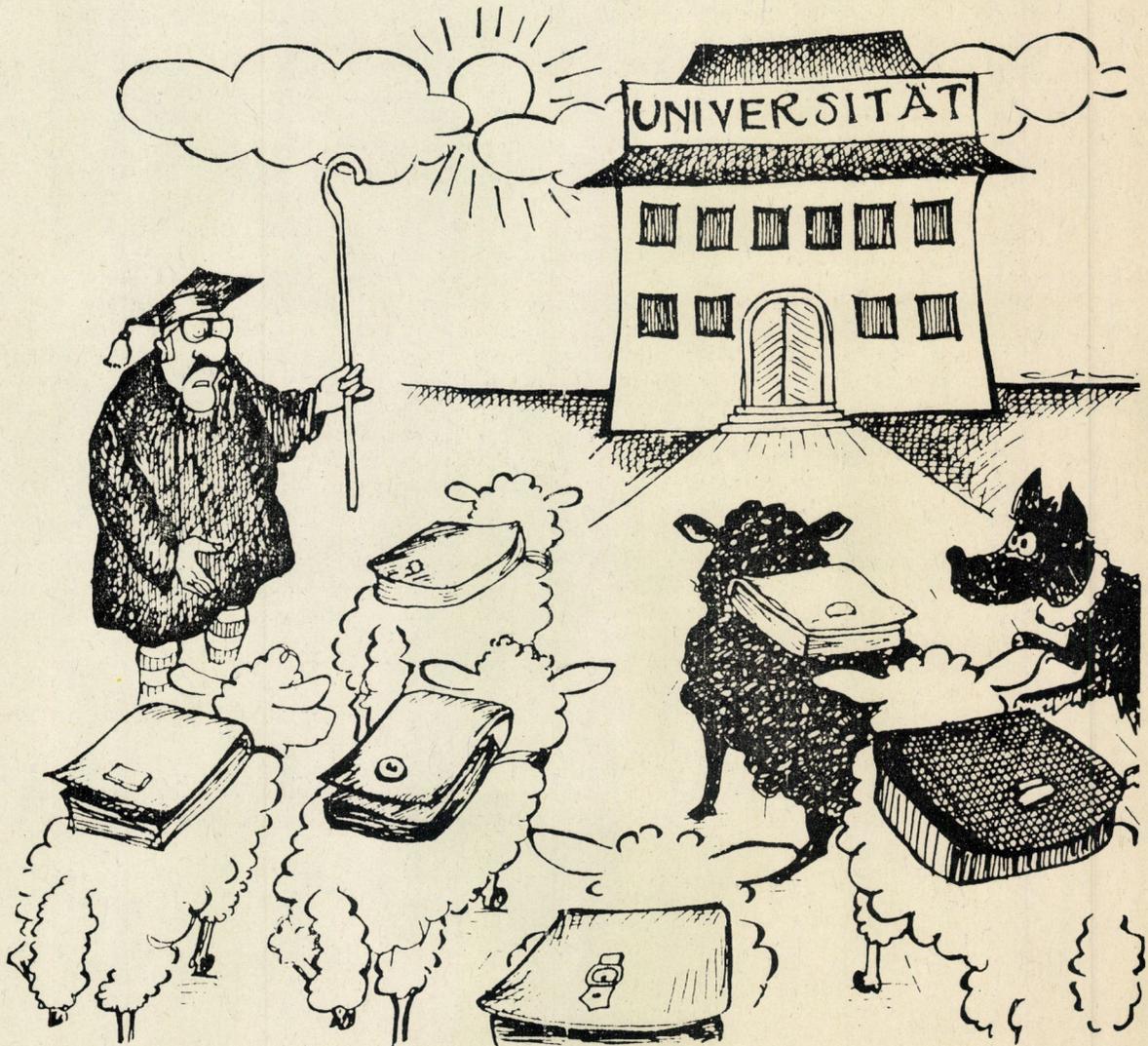
Wenn wir keine Lust mehr haben, darauf zu vertrauen, daß es schon in Ordnung geht, wenn andere für uns denken und handeln, liegt es auf der Hand, uns selbst ein bißchen Zeit zu nehmen, um den Dingen auf den Grund und den Verantwortlichen auf den Geist zu gehen.

Wer sich mit Wohnungsnot oder Studiensituation näher beschäftigen möchte:

Es gibt bereits einige Leute, die sich zusammengefunden haben und gemeinsam etwas tun wollen.

- Zur Arbeitsgruppe "Studiosituation" Näheres auf Seite 13.

- Die Arbeitsgruppe zur Wohnungsnot hat sich vorgenommen, zunächst, in Zusammenarbeit mit der FH, eine Demo vorzubereiten und dann zu ihrem Thema intensiv weiterzuarbeiten. Näheres ist im AstA zu erfahren. Fragt nach Frauke oder Sabine.



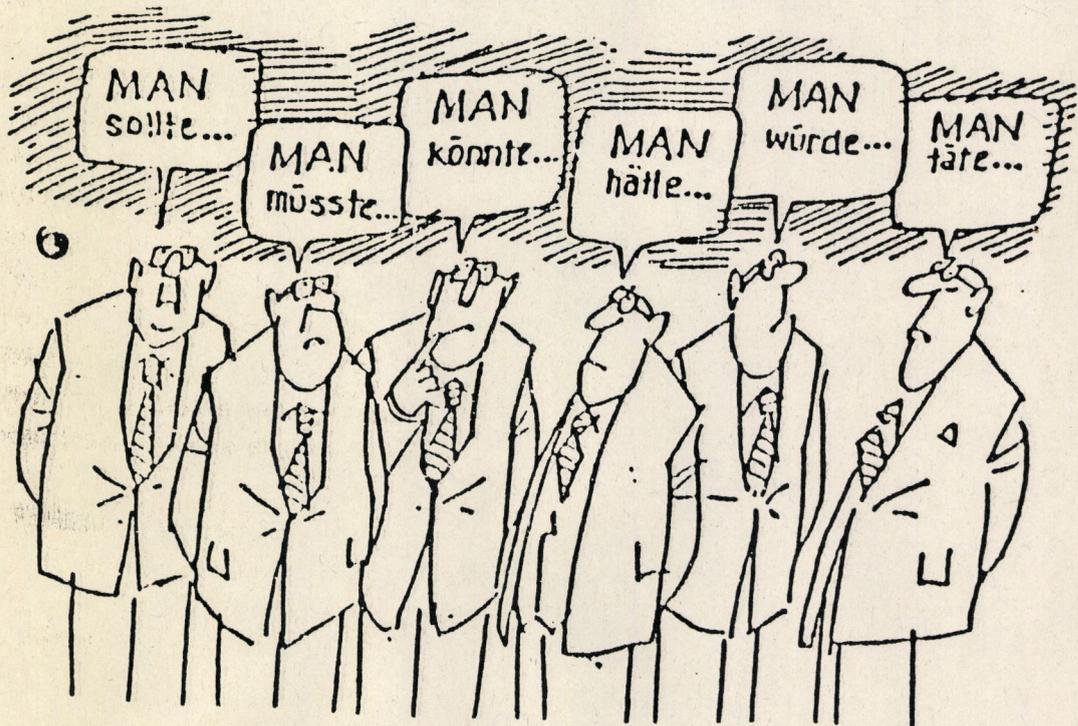
Der Herr aber sprach: „Lasset die Schäflein zu mir kommen!“ Und siehe, viele, viele kamen.

ZUR STUDIENSITUATION AN DER THD ...

Nachdem auf der Vollversammlung am 9.11. festgestellt wurde, daß an der THD katastrophale Studienbedingungen herrschen, wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit folgenden Themen auseinandersetzen möchte :

- Der gegenwärtige Zustand soll aufgezeigt werden
- Wie es dazu kam, das heißt, eine Analyse der geschichtlichen Entwicklung der Hochschulsituation soll erfolgen.
- Alternativen und konkrete Lösungswege sollen aufgezeigt werden.

WER LUST HAT, SICH AN DIESER ARBEITSGRUPPE ZU BETEILIGEN, KANN AM DONNERSTAG, DEN 24.11.88 UM 14⁰⁰ UHR IN DEN ASTA KOMMEN, RAUM 11/50.



Leserbrief: "Studentenbewegung ???"

Am 9.11. fand im Audimax der TH Darmstadt eine Vollversammlung statt, bei der eine Resolution bezüglich der schlechten Studiensituation und der katastrophalen Wohnsituation verabschiedet wurde.

Im Laufe der Debatte wurde die nebenstehende Erklärung ("Was zu kritisieren ist, muß kritisiert werden ...") an die Studentenschaft verlesen!

In der Resolution wurde unter anderem das "Versagen der Darmstädter Wohnungspolitik" beklagt. Dies geht aber völlig an der Realität vorbei. Die Wohnungspolitik hat nicht versagt, im Gegenteil, sie funktioniert prima. Daß es weit mehr Wohnungsbewerber/innen gibt als Wohnungen, ist kein Kunstfehler, sondern Voraussetzung dafür, daß die Mieten so hoch bleiben wie sie sind und die Vermieter-, Makler-, Spekulant mafia prima verdienen kann und sich jede Schweinerei erlauben kann. Außerdem füllt es den Steuersäckel der Stadt, wenn Gutverdienende einziehen. So wird das "Bedürfnis Wohnraum" zur Ware verkrüppelt, um die wir uns dann bei unerschwinglichen Mieten zu streiten haben. Daß dabei "ein paar" auf der Strecke bleiben, ist den Verantwortlichen so lange scheißegal, bis diese sich gemeinsam dagegen wehren. Beispiele hierfür sind in Darmstadt diverse Hausbesetzungen und massive Öffentlichkeitsaktionen.

Die Resolution ist also völlig nutzlos, weil kein politischer Druck, wie er durch öffentliche Aktionen erzeugt werden könnte, dahinter steht! Zum ändern fordert sie ja gerade von denen, die die Wohnungsnot zu verantworten haben, eine Verbesserung. Jene Verantwortlichen werden diese Resolution, gelesen oder ungelesen, im Mülleimer landen lassen!

Zum ändern ist es nur Privilegiensicherung, bei einer Wohnungsnot, die die Student/innen noch nicht einmal am härtesten trifft, eine Lösung nur für die eigene Situation zu fordern. Freilich brauchen Student/innen billige Wohnungen, das ist ja ein völlig legitimes Bedürfnis, aber eben nicht nur sie. So wurde in der Resolution z. B. der Passus verabschiedet, die Sozialwohnungen sollen für Studenten freigemacht werden. (1). Das bedeutet, daß langfristig die Sozialhilfeempfänger/innen aus den sowieso schon viel zu teuren "Sozialwohnungen" herausgedrängt werden - auf Kosten der StudentInnen; die können nämlich im Durchschnitt einiges mehr bezahlen!

Genauso wie die Forderung nach dem Bau von (Beton-)Studentenwohnheimen, oder die Forderung, das Studentenwerk soll für die Studis Wohnungen anmieten, ist dies ja reine Privilegiensicherung. Da wird das Problem Wohnungsnot völlig unsolidarisch von einer auf die andere "Problemgruppe" verlagert!

Wenn es den Student/innen darum geht, das Problem der Wohnungsnot an sich anzugehen und nicht nur die eigene Situation - womöglich noch auf Kosten anderer - zu verbessern, dann läge eine gemeinsame Organisation nahe, die geeignet ist, politischen Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Damit wäre dann die Basis geschaffen, gemeinsame Forderungen zu stellen, die nicht im Müll landen.

GEGEN DAS ABDELEGIEREN UNSERER INTERESSEN
AN SOGENANNTEN VOLKSVERTRETER!
FÜR SELBSTBESTIMMUNG!
DIE HÄUSER DENEN; DIE SIE BRAUCHEN!

(1) Anmerkung d. Red.:

Diese Forderung wurde so nicht gestellt. (Vgl. S. .) Die verabschiedete Formulierung kann aber ähnliche Konsequenzen haben.

Was zu kritisieren ist, muss kritisiert werden !

Wir kritisieren:

StudentInnen, wir sagen euch gleich vorneweg: Die Studienbedingungen sind uns scheissegal! Uns hat der Auslesemechanismus bereits getroffen, die Uni bleibt uns verschlossen und unsere Schulabschluesse fuehren uns nach einem kleinem Umweg uebers Arbeitsamt direkt in die Fabrik.

Fuer uns ist die Kritik der Studienbedingungen nutzlos.

Wir kritisieren:

Die Universitaet, die StudentInnen, die Schule, die Arbeit:

Die Schule weisst uns die schlechten Plaetze zu. Die Uni weisst euch die mittelmassigen Plaetze zu. Lasst uns beides kritisieren.

Und sagt uns bloss nicht: "Strassenkehrer und -Arbeiter braucht man immer und wenn doch:... nun gut diese Plaetze ueberlassen wir euch freiwillig, greift nur zu!

Wir sind nicht duemmer als ihr, wir werden nicht freiwillig in die Fabrik gehen.

Wenn ihr nur eure Bedingungen kritisiert, dann habt ihr nichts kapiert. Ausserdem ist eure Situation nicht viel besser als unsere. Eine Menge von euch schmeissen das Studium vor der Zwischenpruefung, und diese "schlechten" StudentInnen haben das gleiche Recht auf einen schlecht bezahlten Job wie wir.

Studentinnen, wenn ihr nur eure Bedingungen und nicht die Uni als solche kritisiert, dann

MUESST IHR ALLEINE KAEMPFFEN.

Die Haelfte von euch wird sich in keimfreien Fabriken, die ihr Bueros nennt, wiederfinden.

StudentInnen, Ihr seid verdammt diese Gesellschaft zu verwalten und wir sie zu produzieren.

Wenn ihr euch bewegt und wenn wir uns bewegen, dann kann sich alles bewegen. Aber wenn ihr nur euren fetten Jobs hinterherhuepft, wenn ihr nur loyal diese Gesellschaft verwaltet, und auf einfache Art unsere Erzieher, Sozialarbeiter, Klugscheisser, Industriesozologen, Fuehrungskraefte, Soziologen, Journalisten und Personalschefs werden wollt,

-und all das um uns Morgen zu erziehen, uns sozial zu bearbeiten, unsere Freizeit zu Verunstalten, uns zu untersuchen, uns zu fuehren, uns auszusortieren, uns zu informieren und uns zur Arbeit anzutreiben...

dann

BLEIBT UNS VOM HALS!

Aber wenn ihr, um einen Anfang zu machen, das Schulsystem, das uns ausgrenzt und euch erniedrigt, kritisieren wollt, wenn ihr mit uns gegen die gesamte Selektion, gegen euer und unser Elend kaempfen wollt,

dann:

KAEMPFFEN WIR ZUSAMMEN





Frauen: "Stinkwütend"

Wer von Euch den Artikel "Frauenförderung = Frauenforderung" gelesen hat, wird mit dem Stand der Dinge betreffend der Frauenbeauftragten nicht unzufrieden sein. Verabschiedete Konventsbeschlüsse, eine beantragte ABM-Stelle, eine beim Land beantragte BAT Iia-Stelle, Einberufung einer Frauen-Vollversammlung; das hört sich doch ganz gut an.

Doch mittlerweile sieht alles ganz anders aus. Sämtliche Verhandlungen zwischen der AG "Chancengleichheit für Frauen in der Wissenschaft" und der Präsidial- bzw. der Personalabteilung sind auf Eis gelegt. Das bedeutet auch, daß die Frauen-Vollversammlung (vorerst) nicht stattfinden wird.

Dieses "Aus" für jegliche Aktivitäten bezüglich der Frauenbeauftragten kam, wie sollte es auch anders sein, vom Präsidenten der THD.

Ausgelöst wurde seine Entscheidung, als ihm eine neue "Grundsatz-Empfehlung zur Gleichstellung der Frau an den hessischen Hochschulen" vom Wissenschaftsminister Gerhard (im Vergleich zu ihm war Frau Rüdiger "Gold wert") zugeht. Dies ist ein Papier, das alleinigen den Präsidenten und Rektoren der hessischen Hochschulen und Fachhochschulen mit der Bitte um "persönliche Stellungnahme" überreicht wurde. Hier erkennt frau einmal wieder, wie, von wem, und vor allen Dingen wo, nämlich ausschließlich in den oberen Etagen, relevante Entscheidungen getroffen werden.

Blink, blink; das rote Stopzeichen leuchtet auf.

Das Papier aus Wiesbaden kam gerade zur rechten Zeit, denn, wie es scheint, waren die Verhandlungen um die Stelle der Frauenbeauftragten bereits zu weit fortgeschritten. Die Grundsatz-Empfehlung, natürlich nur eine Empfehlung und keine Bestimmung, sieht vor, daß eine Frauenbeauftragte für das weibliche,

wissenschaftliche und künstlerische Personal bestellt werden soll und die Frau möglichst eine Professorin der Hochschule sein sollte. Da die THD ganze acht! Professorinnen aufzuweisen hat, ist die Auswahl enorm groß. Und weiterhin ist geregelt, daß "die Wahrnehmung der Aufgaben der Frauenbeauftragten (...) zu ihren dienstlichen Tätigkeiten (gehört)". Das heißt auf gut Deutsch, daß keine neue Stelle geschaffen wird; daß die Frauenbeauftragte ehrenamtlich arbeiten soll.

Diese Neuregelung paßt der THD anscheinend sehr gut in ihr Konzept zur Frauenförderung, das, meiner Meinung nach, wie folgt aussieht: Mit möglichst geringem finanziellen Aufwand eine Frauenbeauftragte einzusetzen, die möglichst wenig Rechte und Einfluß hat, wohingegen aber die Repräsentation der THD bzgl. Frauenangelegenheiten nach außen hin gewährleistet wird. Und hierzu genügt in jedem Fall eine Alibi-Frauenbeauftragte.

Gerhard's Grundsatz-Empfehlung, die Reaktion unseres Präsidenten und die an der THD vorherrschende Auffassung über Frauen und deren spezifischen Lebenszusammenhänge machen uns STINKWÜTEND.

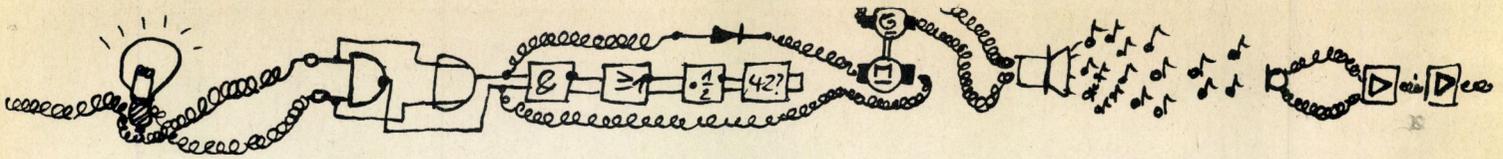
- Wir fordern eine eigene bezahlte Stelle für die Frauenbeauftragte.

- Wir fordern eine Frauenbeauftragte für alle Statusgruppen der THD und keine Trennung in wissenschaftliches und nicht-wissenschaftliches Personal, wie es die Empfehlung vorsieht.

- Die Frauenbeauftragte muß Rechte haben, wie z.B. Vetorecht in allen Entscheidungsgremien der THD und sie muß an Berufungs- und Beförderungsverfahren beteiligt werden.

Kurzum, wir fordern die Umsetzung der bereits verabschiedeten Konventsbeschlüsse der THD, die immerhin eine Selbstverpflichtung darstellen.

Astrid



Auseinandersetzung mit Natur gesehen werden.

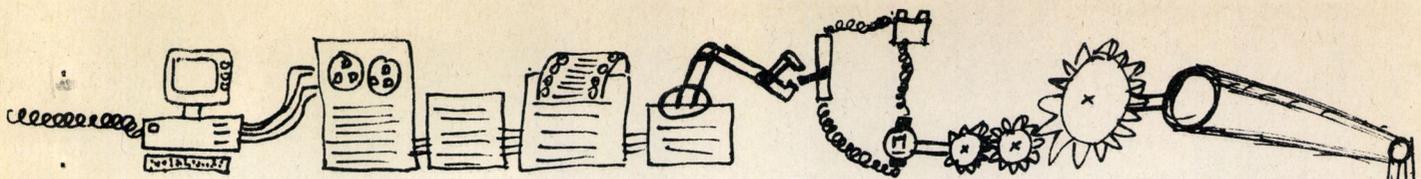
Diese Überlegungen sind nun auf gesellschaftliche Dimensionen zu übertragen. Unsere Gesellschaft zeichnet sich unter anderem dadurch aus, daß nicht mehr der einzelne oder eine überschaubare Gruppe der Natur gegenübersteht, sondern die Auseinandersetzung mit der Natur arbeitsteilig erfolgt. Die Technik, das „Werkzeug“ der Gesellschaft, umfaßt deshalb nicht nur die Arbeitsmittel zur direkten Bearbeitung der Natur, sondern auch die zur Koordinierung der einzelnen Arbeitsgänge notwendigen Techniken. Telekommunikationstechniken, Transporttechniken und -wege und vieles mehr wären also mit einbegriffen. Hierzu ein Beispiel: Der bargeldlose Geldtransfer in den USA wird mittels weniger Großrechner geregelt. Fällt einer dieser Rechner auch nur für einen Tag aus, so bricht das amerikanische Wirtschaftssystem zusammen.

Im Gegensatz zu dem Marx'schen Arbeitsbegriff erscheint die Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit der Natur jedoch nur in den einzelnen Prozessen rational, als gesamte erscheint sie undurchschaubar und wirkt planlos. Peter Bulthaup schreibt dazu: „In genauer Analogie zum Wissenschaftsprozess sind in der Technik zwar immer nur bestimmte Produkte das Resultat der einzelnen Produktionsverfahren, aber über den Markt greifen die einzelnen Produktionsverfahren auch technisch ineinander. Sie sind zur gesamtgesellschaftlichen Produktion integriert. Der partikularen Produktion entspricht ökonomisch das Einzelkapital, wobei die Einzelkapitalien durch Warenaustausch und Konkurrenz aufeinander bezogen sind. (...) Die Produktionsweise ist an sich gesell-

schaftlich, weil die einzelnen Produktionsprozesse über den anonymen Markt miteinander vermittelt sind, sie ist andererseits anarchisch, weil die Einzelproduktionen immer nur partikulare Naturzusammenhänge ausbeuten und die ökonomische Regulation aus der Verwertung konkurrierender Einzelkapitalien resultiert, beides blind gegen den Gesamtzusammenhang, den der Natur wie den der Gesellschaft. So stehen die von Menschen geschaffenen Verhältnisse ihnen mit der Undurchdringlichkeit von Naturverhältnissen gegenüber, und die gesellschaftlichen Katastrophen überfallen sie mit der blinden Gewalt von Naturereignissen. Kriege brechen aus wie Vulkane. Erreicht die Entwicklung der Produktivkräfte einen bestimmten Stand, so zerstört die weitere Ausweitung der anarchisch betriebenen Produktion deren eigne Naturbasis.“⁵

Zum Zwecke dieser anarchischen Ausbeutung der Natur wurde die gegenwärtige Technik geschaffen. Durch diese Technik werden also partikulare Interessen verfolgt, und zwar die Interessen derjenigen, die über den Produktionsapparat verfügen und das Kapital zur Entwicklung von Technik zur Verfügung stellen. Daß die Entwicklung von Technik interessenbezogen und damit wertbeladen verläuft, zeigt sich, an den Stellen, an denen die Interessenskonflikte offensichtlich werden. Diese einzelnen Punkte werden dann in vertragsähnlichen Vereinbarungen geregelt. Tarifverträge, Arbeitsrecht, Datenschutzrecht und Atomrecht können also solche „Verträge“ betrachtet werden. Anhand der Entwicklung dieser „Verträge“ und der durch

⁵Peter Bulthaup, Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften, Ffm 1973, Seite 21



sie geregelten Technik lassen sich daher auch die verschiedenen Interessengruppen und ihre Machtposition ausmachen. Von wirklichen Verträgen kann dabei wohl kaum die Rede sein, da ein Vertrag immer zwei gleichberechtigte Partner voraussetzt. Andernfalls ist er — zumindest aus juristischer Sicht — sittenwidrig. Die Behauptung, Technik sei wertneutral, da sie für verschiedene Zwecke benutzt werden könne, gleicht der Behauptung, Personalinformationssysteme seien wertneutral, da sie in verschiedenen Betrieben zur Kontrolle der Arbeitnehmer eingesetzt werden können.

Eine Ingenieurwissenschaft müßte diesen oben dargestellten Sachverhalt reflektieren und die außertechnischen Einflüsse auf die Entwicklung von Technik aufzeigen. Diese Einflüsse sind feststellbar⁶. Wenn sie detailliert nachgewiesen würden, wäre der Zusammenhang zwischen den Theorien der Techniken und der Art und Weise, wie eine Gesellschaft ihre Auseinandersetzung mit der Natur organisiert, nachgewiesen. Technik könnte dann nicht mehr unabhängig von gesellschaftlichen Verhältnissen gesehen werden. Gesellschaftliche Verhältnisse sind jedoch nicht naturgegeben, sondern wurden bewußt oder unbewußt entschieden.

Technik wäre damit Resultat gesell-

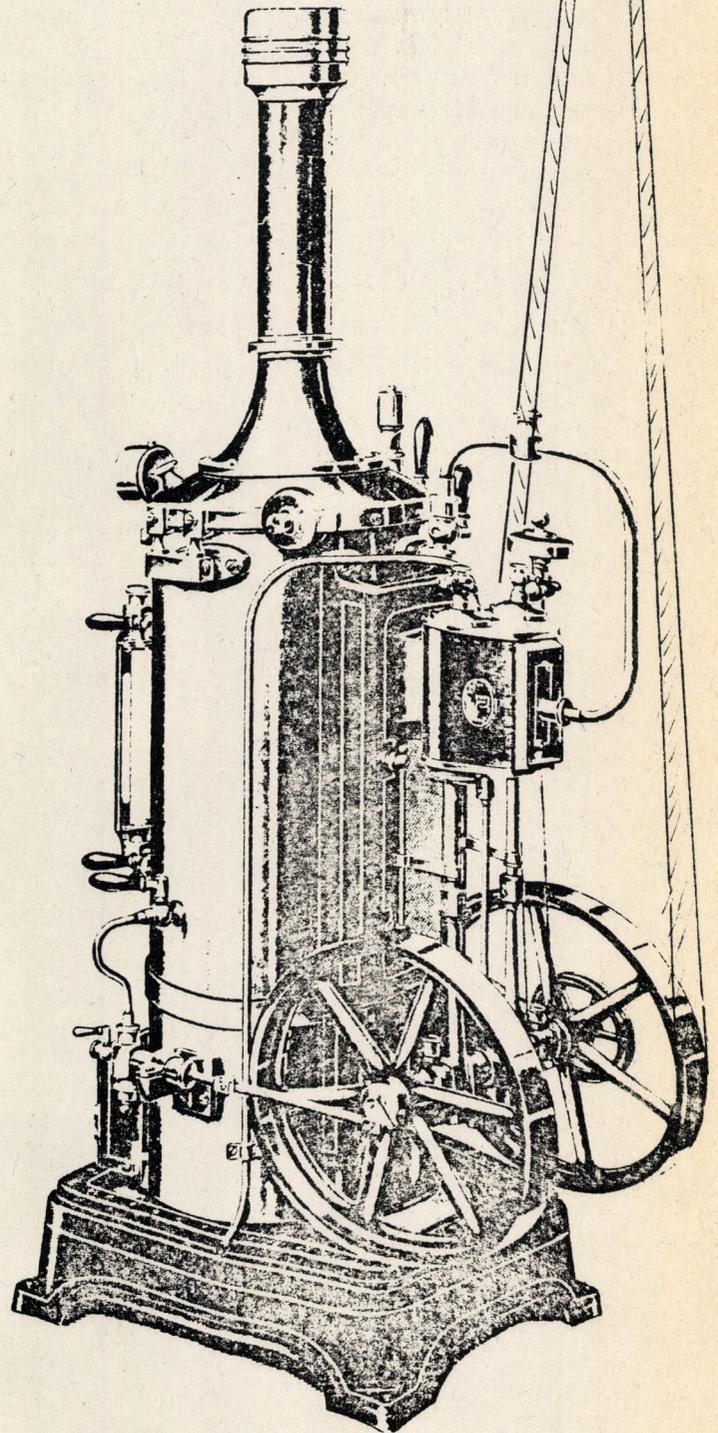
⁶Hierzu zwei Beispiele:

Die Computerentwicklung in den USA wurde hauptsächlich vom Pentagon finanziert. Die Struktur der Rechner gleicht heute noch der des militärischen Anwendungsbereichs; sie ist hierarchisch und nach dem Prinzip „Teile und herrsche!“ aufgebaut. So genannte dezentrale, verteilte Systeme werden erst in letzter Zeit entwickelt.

Im Maschinenbau wird bei zwei gleichwertigen möglichen Realisierungen eines Maschinenelementes die billigere gewählt.

schaftlichen Handelns und nicht nur von immanenten Bedingungen abhängig.

Yvonne Dittrich



Die Kongresse tanzten

Teil 2 des Rückblicks auf die Proteste gegen IWF und Weltbank

In der letzten AStA-Zeitung haben wir über die akademische Kritik gegen die Politik von IWF und Weltbank berichtet. In dieser Ausgabe möchten wir darstellen mit welchen Mitteln und Zielen während der Jahrestagungen der internationalen Finanzorganisationen der Protest auf die Straße getragen wurde.

Mit der Forderung "Für die Lösung der Schuldenkrise - Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung" demonstrierten am 25. September 80.000 Menschen in Westberlin. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte ein breites Bündnis von kirchlichen Gruppen, Friedensinitiativen, Grünen, Alternativer Liste bis hin zur SEW.

Entsprechend unbestimmt blieb dann auch der Demonstrationsaufruf. Die Analyse der derzeitigen Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wie auch politische Handlungsperspektiven blieben unklar. Die Idee einer Reform von IWF und Weltbank im Sinne von Modernisierung und Anpassung wurde in keiner Weise verworfen. Den Zusammenhang zwischen den Klassengegensätzen innerhalb der entwickelten, imperialistischen Staaten und der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung thematisiert der Aufruf überhaupt nicht. Trotz dieses inhaltlich dünnen Aufrufes überwogen dann auf dem Demonstrationzug die radikalen Parolen wie "IWF - internationale Völkermordzentrale".

Die parallel zu den offiziellen Jahrestagungen stattfindenden Aktionstage bewiesen, daß auch für weitergehende Forderungen eine erfolgreiche Mobilisierung möglich ist. Eine Woche lang beteiligten sich täglich mehrere tausend Menschen an dem reichhaltigen Programm der Aktionstage. Es umfaßte Straßentheater, "Stadtspiele", "Bankerspaziergänge", Fahrraddemos, einen "Kaufrausch", Kundgebungen vor Banken und Konzernen, "Bürger beklatschen Banker" und das "Trommeln in der Nacht" des "Büro für ungewöhnliche Maßnahmen". Ein Teil dieser vielfältigen, dezentralen Aktionen wurde von vorneherein durch die Polizei verboten.

Verboten auch deshalb, weil gerade die Aktionstage die Verhältnisse hier in der BRD und Westberlin in den Mittelpunkt des Protest stellten. Bei der Demonstration vor dem Werk des Siemenskonzerns rückte der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in das Zentrum der Kritik. Darüberhinaus wurde auch auf die momentan stattfindenden Umstrukturierungen der Arbeitsbedingungen hingewiesen.

In einem Flugblatt der autonomen Gruppen, die maßgeblich an Vorbereitung und Verlauf der Aktionstage beteiligt waren, heißt es dazu: "Seit den 80er Jahren versucht das Kapital auch vermehrt über Sklavenhändler und private Subunternehmer neue ArbeiterInnenschichten zu rekrutieren, mit deren Hilfe es die Stammebelegschaft der Betriebe zerstören und ihre erkämpften Garantien, Löhne und Arbeitsbedingungen angreifen will. Besonders geeignet scheinen hierfür AusländerInnen, Jugendliche ohne Ausbildung und natürlich die 'zuverdienenden' Frauen."

Vor der Ausländerpolizei fand ebenfalls ein Demonstration statt. Hier wurde deutlich, was jener "neue Internationalismus", der auf dem Gegenkongreß abstrakt beschworen wurde, konkret bedeuten kann. Nocheinmal die autonomen Gruppen: "Das Kapital arbeitet allemal international, unsere Antwort heißt Internationalismus. Heißt aufzeigen, daß wir uns von der scheinbaren Trennung zwischen §218 hier und Zwangssterilisierung dort, der Freizügigkeit innerhalb der Grenzen der EG un den geschlossenen Grenzen für Flüchtlinge, (...), dem 14-Stunden-Tag in den Weltmarktfabriken im Trikont und der Flexibilisierung der Arbeitszeit hier nicht irre machen lassen, sondern den Angriff als das verstehen, was er ist, der Versuch uns bis in die Gene zu Profit zu machen."

Das abendliche Zentrum des Protestes war Breitscheidplatz. Besonders hier ging die Polizei mit der inzwischen schon zur Gewohnheit gewordenen Brutalität vor. Gnadenlose Knüppelinsätze, kleine und große Polizeikessel, prügelnde und festnehmende Sondereinsatzkommandos waren die Regel; das Resultat waren viele schwerverletzte DemonstrantInnen. Während der Aktionstage wurden insgesamt 963 Menschen festgenommen. Die Reaktionen im Ausland bezeichneten diese Verhältnisse z.B. als "Bunker Berlin" (BBC) oder "Berlin im Belagerungszustand" (Corriere de la Sera)

Zum Abschluß der Aktionstage fand eine "internationalistische, revolutionäre" Demonstration unter der Parole "Der Trennungsstrich verläuft nicht zwischen den Metropolen und den Ländern des Trikont, sondern zwischen oben und unten" statt. Diesem Aufruf aus dem autonomen Spektrum folgten 8.000 Menschen.

Fortsetzung auf Seite 24

Wunder gibt es immer wieder

Parlamentsarbeit geht weiter - RCDS geht nach Hause

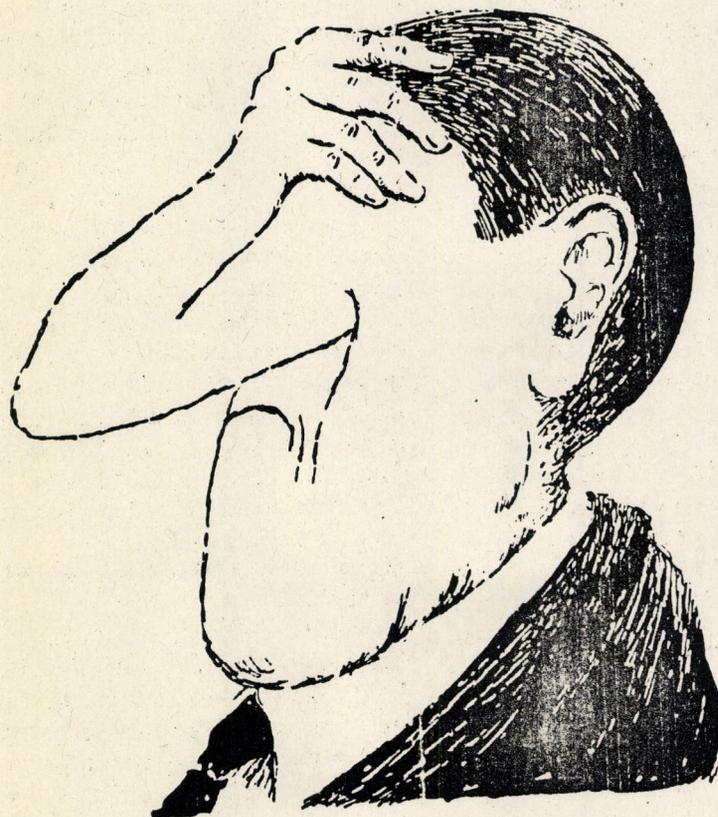
(oli) Es ist kaum zu glauben, aber die 6. Sitzung des Studentenparlaments am vergangenen Montag fand kein vorschnelles Ende.

Das lag nicht daran, daß die ParlamentarierInnen der rechten Seite des Hauses endlich den Weg zu ihrer hochgelobten, oft zitierten demokratischen Gesinnung fanden, und nicht durch Stimmverweigerung die Versammlung platzen ließen, sondern daran, daß die linken "Abgeordneten" erstmals seit mehr als einem halben Jahr vollzählig erschienen waren.

Der Schock, angesichts dieser neuen Erfahrung, die selbst alteingesessenen linken DauerparlamentarierInnen das Wasser in die Augen trieb, führte wohl dazu, daß das Team des RCDS geschlossen

die Koffer packte und blassen Gesichts die heilige Halle studentischen Parlamentarismus' verließ.

Ganz allein und unter sich kämpften sich die Frauen und Männer des progressiven Fraktionenspektrums durch die umfangreiche Tagesordnung. Gelesen wurde die Satzung und der Haushalt '89 und (es grenzt wahrlich an ein Wunder) endlich konnte der Finanzantrag des Info-Referats zum Kauf einer neuen Schreibmaschine eingebracht und verabschiedet werden. Nun wird sich die Befürchtung der AStA-Zeitungsredaktion, die nächsten Ausgaben mit der Hand schreiben zu müssen, doch nicht bewahrheiten.



"FÜR EINE ANTI-RASSISTISCHE BEWEGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK"

- Broschüre der Initiative gegen Rassismus erschienen -

Das sogenannte "Ausländerproblem" ist heute zum Lieblingsthema bürgerlicher Politiker in allen westeuropäischen Industrieländern geworden. Die Vorstellung Ausländer wären ein Problem findet auch in der BRD regen Zuspruch. So vertreten alle etablierten Parteien die Auffassung, man müsse diesem Problem mit staatlichen Maßnahmen begegnen. Unterschiede bestehen lediglich in der Schärfe der vorgeschlagenen "Lösungen".

Die alltägliche Erfahrung jedoch zeigt, daß von einem Ausländerproblem als solchem nicht die Rede sein kann. Denn es sind ja nicht die ausländischen Arbeiter, die uns entlassen oder uns den Lohn oder die Sozialleistungen kürzen. Es sind die Unternehmer und der Staat, die die Folgen der wirtschaftlichen Krise auf dem Rücken der deutschen und ausländischen Lohnabhängigen austragen. Denn für die Unternehmer zählt der Profit, nicht das Wohlergehen deutscher Arbeiter. Das wirkliche Problem ist somit die Unterdrückung der Ausländer durch die verschiedenen Sondergesetze, die sie zu Menschen zweiter Klasse stempeln und die Feindseligkeit, die ihnen in der BRD entgegen schlägt. Gerade in Krisenzeiten wird der Rassismus von Unternehmern und ihren Vertretern als politische Waffe gegen alle Lohnabhängigen gleichermaßen eingesetzt.

Die Broschüre "Für eine anti-rassistische Bewegung in der BRD" zeigt diese Tatsachen auf, geht jedoch vor der Erörterung der Bedeutung anti-rassistischer Positionen für alle arbeitenden Menschen auf die historische Entwicklung des Rassismus zu einem institutionalisierten Bestandteil der modernen kapitalistischen Gesellschaft ein.

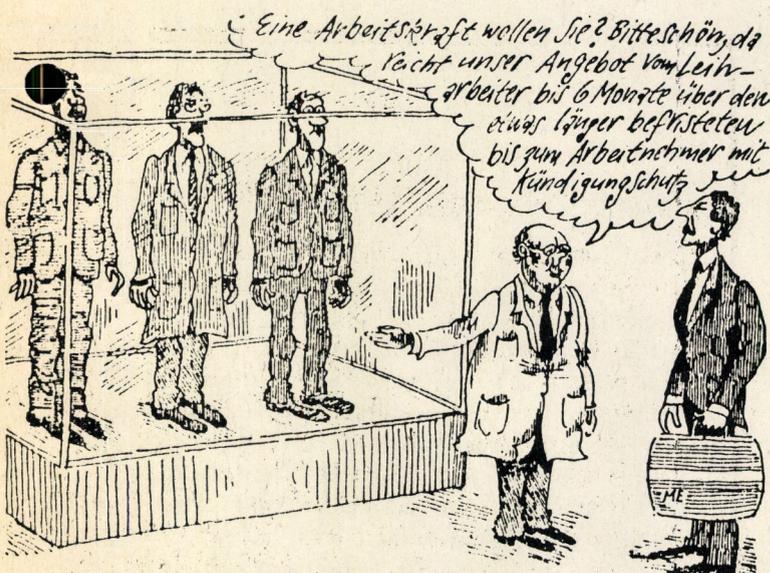
Der Rassismus ist nicht eine in der menschlichen Natur liegende Abneigung gegenüber fremd- oder unterschiedlich aussehenden Menschen, sondern hat rein materielle gesellschaftliche Wurzeln. Aberglaube und Vorurteile waren in vorkapitalistischen Zeiten die Reaktion auf Fremdes und Unbekanntes. Mit dem Aufstieg des Bürgertums und der Entwicklung des Kapitalismus wurde die Überwindung der lokalen und regionalen Unterschiede zur geschichtlichen Notwendigkeit, um dem Kapital einen nationalen Markt und eine nationale Wirtschaft zu schaffen. Der Nationalismus wurde zur Ideologie des Bürgertums. Mit dem Nationalstaat wurde ein Instrument geschaffen, die Massen unter die Herrschaft des Kapitals zu zwingen.

Rassismus, Nationalismus und kapitalistische Entwicklung sind also eng miteinander verbunden. Rassismus ist somit deutlich zu unterscheiden von anderen Form nationaler Unterdrückung in nichtkapitalistischen Gesellschaften. Die Vorstellung, Völker oder Rassen wären minderwertig, entsteht erstmals mit dem Kolonialismus und der damit verbundenen Ausbeutung und Unterjochung. Hierzu war es erforderlich, die Menschen der unterentwickelten Länder als Untermenschen und Barbaren zu sehen. Rassistische Einstellungen entfalten sich weiter, als begonnen wurde, Arbeitskräfte selbst in die Industrieländer einzuführen.

Durch die Ausbeutung eines Teils der Welt und das enorme Wachstum der Produktivkräfte wird es der herrschenden Klasse möglich, soziale Reformen einzuführen und einen Teil des erworbenen Reichtums an die arbeitende Bevölkerung in Form von höheren Löhnen und verbilligten Konsumgütern weiterzugeben. So entsteht eine materielle Basis für die Identifikation mit dem bürgerlichen Nationalstaat auch in der Arbeiterschaft.

Es ist offensichtlich, daß die Spaltung in deutsche und ausländische Lohnabhängige gerade zu Krisenzeiten die Durchsetzungsfähigkeit für Forderungen der Arbeiterschaft weiter schwächt. Darüber hinaus schafft der alltägliche Rassismus, der sich in der Hinnahme von Sondergesetzen für Ausländer äußert, eine Gesellschaft, die von sozialer Demagogie beherrscht ist. Wo es als annehmbar gilt Flüchtlinge in Lager zu sperren, entsteht ein politisches Klima, in dem auch die Einkesselung von Demonstranten, die strafrechtliche Verfolgung von streikenden Stahlarbeitern oder die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung durchsetzbar wird. Letztlich legitimiert die rassistische Propaganda auch eine aggressive und militaristische Außenpolitik.

Der Rassismus ist also eng verbunden mit dem Ruf nach dem "starken Staat", der die BRD gegen den vermeintlichen inneren wie äußeren Feind zu verteidigen sucht. Es ist offensichtlich, daß es im Interesse aller Lohnabhängigen ist, sich diesen Entwicklungen aktiv entgegenzusetzen.



Heute hat die wirtschaftliche Krise auch in der BRD deutliche Spuren hinterlassen. Massenarbeitslosigkeit und verstärkte Arbeitsplatzvernichtung sind zu alltäglichen Erscheinungen geworden. Flexibilisierung, längere Maschinenlaufzeiten, Sonntagsarbeit sind die Forderungen der Unternehmer mit denen die Lasten der Krise auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden sollen. Der Staat und die Politiker setzen in dieser Situation Steuererhöhungen und den Abbau von Sozialleistungen durch. Blüms "Gesundheitsreform" ist in diesem Zusammenhang nur das jüngste Beispiel.

Um diese Maßnahmen in der Gesellschaft durchsetzen zu können, ohne daß prinzipielle Kritik am kapitalistischen System aufkommt, muß ein angeblich Schuldiger für Krise und Arbeitslosigkeit gefunden werden. Sind rassistische Einstellungen weithin anerkannt, ist es ein Leichtes für Staat und Unternehmer Ausländer als die Verantwortlichen für die Wirtschaftskrise hinzustellen.

So wird die Idee ein deutscher Arbeiter und ein deutscher Unternehmer hätten gemeinsame Interessen aufs Neue verstärkt. Dem Standpunkt, tamilische Flüchtlinge oder türkische Arbeiter wären Schuld an Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, schließt sich logisch die Vorstellung an, deutsche Arbeiter hätten ein Interesse am Konkurrenzkampf mit Japan oder Südkorea auf dem Weltmarkt. Solche Positionen führen dann auch dazu, daß Lohnabbau und verschlechterte Arbeitsbedingungen zum Wohle des deutschen Unternehmers widerspruchslos hingenommen werden.

Deshalb hat es sich die Darmstädter Initiative gegen Rassismus zum Ziel gesetzt, den Grundstein für den Aufbau einer antirassistischen Bewegung zu legen. In der vorliegenden Broschüre wird die Plattform einer solchen Bewegung dargestellt. Die grundsätzlichen Forderungen müssen lauten:

- Gleiche Rechte für alle
- Weg mit allen Ausländergesetzen

Diese beiden Grundforderungen gehen davon aus, daß demokratische Rechte nicht teilbar sind. Entweder man fordert die uneingeschränkte Gleichberechtigung für Ausländer, oder man akzeptiert deren Sonderbehandlung.

Diese Sonderbehandlung spiegelt sich insbesondere in den speziellen Gesetzen, denen Ausländer unterworfen sind, eben den Ausländergesetzen wieder. Durch diese Gesetz werden Ausländer zu Menschen 2.Klasse erklärt, und der Rassismus wird so zur staatlich anerkannten Norm. Daher müssen die Ausländergesetze uneingeschränkt abgeschafft werden.

Diese konsequente anti-rassistische Position ist heute sicher noch nicht populär. Aber daran wird sich nie etwas ändern, wenn wir in unserer Argumentation Zugeständnisse an den weit verbreiteten Rassismus der "öffentlichen Meinung" machen. Denn nur wenn wir unsere anti-rassistischen Argumente logisch und selbstbewußt vertreten, wird es uns gelingen dem alltäglichen Rassismus etwas entgegenzusetzen.

Dazu gehört auch, daß wir deutsche Lohnabhängige davon überzeugen, daß es auch in ihrem ureigensten Interesse liegt, aktiv anti-rassistische Positionen zu vertreten. Ein Mensch, der glaubt Ausländer nähmen ihm den Arbeitsplatz weg, wird kaum mit dem Hinweis auf die Schönheit der türkischen Kultur von der Fehlerhaftigkeit seiner eigenen Meinung überzeugt werden. Zeigen wir jedoch auf, daß die Ursachen für Arbeitsmangel und Sozialabbau in einem Wirtschaftssystem liegen, in

dem Arbeitsplätze nur dann geschaffen werden, wenn sie den Unternehmern genügend Profit versprechen, dann wird er zumindest gezwungen, seinen eigenen Standpunkt zu überdenken und zu rechtfertigen.

Mit der Veröffentlichung der Broschüre will die Darmstädter Initiative gegen Rassismus für einen klaren und konsequenten Standpunkt gegen Ausländerunterdrückung und Diskriminierung werben. Durch Öffentlichkeitsarbeit und praktische Aktionen kann antirassistische Politik zu einer sozialen Kraft werden. Damit können wir endlich beginnen, dem Nationalismus und Rassismus den Boden zu entziehen.

Die besprochene Broschüre ist im ASTA erhältlich oder kann bei der Darmstädter Initiative gegen Rassismus zum Preis von DM 4.- je Exemplar bestellt werden.

Die Kontaktadresse lautet:
Initiative gegen Rassismus
K. Müller

Postlagerkarte Nr. 017850 D
6100 Darmstadt 11

Die Initiative gegen Rassismus trifft sich jeden Donnerstag um 19.30 im Raum 11/25 im Alten Hauptgebäude der THD.

FORTSETZUNG VON SEITE 20

Rückblickend auf die Aktionstage kann festgehalten werden, daß eine Spaltung des Widerstandes nicht stattfand. Es waren beileibe nicht nur Autonome, die im September in Westberlin gegen IWF und Weltbank protestierten. So registrierten die internationalen Medien, vor allem in den Ländern der "3.Welt", daß nicht die Banker, sondern Kritik und Protest im Vordergrund standen. Das hatte es in der Geschichte dieser Jahrestagungen noch nicht gegeben. Jetzt kommt es darauf an, diese Kritik inhaltlich zu vertiefen und dem Protest eine konkrete politische Form zu geben.

PSYCHOTHERAPEUTISCHE BERATUNGSSTELLE

Wir, die Mitarbeiter der Beratungsstelle, bieten Hilfen für Studierende (der THD und der FHD) bei persönlichen und studienbezogenen Schwierigkeiten.

Die Anmeldung zur Beratung/Therapie in der Psychotherapeutischen Beratungsstelle (PBS) ist zu folgenden Zeiten möglich:

<u>Montag</u>	15.00 - 16.00 Uhr	bei Frau Dipl.-Psych. Sabine Lüderitz-Beck, Zimmer 38 (Mensa Stadtmitte), Tel. 163110
<u>Dienstag</u>	9.00 - 10.00 Uhr	bei Herrn Dipl.-Psych. Wolfgang Kraus, Wohnheim Alexanderstr. 39, 5. Stock, Zimmer 512, Tel. 163896
<u>Mittwoch</u>	10.00 - 12.00 Uhr	bei Herrn Dr. Willi Baumann, Zimmer 39 (Mensa Stadtmitte), Tel. 163210
<u>Donnerstag</u>	9.00 - 10.00 Uhr	bei Frau Dipl.-Päd. Beatrix Heinemann-Gill, Raum 50 (Mensa Lichtwiese, links neben dem Haupteingang), Tel. 162010
<u>Freitag</u>	8.30 - 9.30 Uhr	bei Herrn Dipl.-Psych. Heinz Trusch, Zimmer 39 (Mensa Stadtmitte), Tel. 163210

Wegen des Umbaus der Mensa Stadtmitte befinden sich die Räume der Psychotherapeutischen Beratungsstelle z. Z. in verschiedenen Gebäuden, und zwar in der Mensa Stadtmitte, Mensa Lichtwiese und im Wohnheim Alexanderstraße. Dabei liegen die Zimmer 38 und 39 am Ende der linken bzw. rechten Empore in der Otto-Berndt-Halle (THD Mensa Stadtmitte), Alexanderstraße 4.

Der Gruppenraum der PBS ist in der Mensa Lichtwiese, Raum 50, neben dem Haupteingang.

Die Beratungen sind kostenlos.

STUDENTENWERK DARMSTADT

Der AStA und das „allgemeinpolitische Mandat“

Die Auseinandersetzung um das "allgemeinpolitische Mandat" ist fast so alt, wie es linke Studentenvertretungen an den Hochschulen gibt.

Als die Hochschulen von den "linken Kaderschmieden" sich zu "Brutstätten des Terrorismus" für die bürgerliche Presse entwickelten, ersannen konservative Parteistrategen den Begriff des allgemeinpolitischen Mandats.

Damit sollten die Studentenschaften in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten werden. Was in den Anfängen radikale Kritik an den Notstandsgesetzen und dem Radikalenerlaß war, was vor wenigen Jahren der Kampf um die Startbahn West in Frankfurt war, ist heute die Kritik an der Volkszählung.

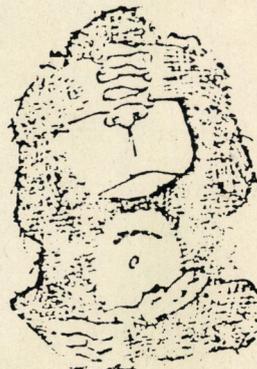
Um den Student/inn/en Möglichkeiten der fundierten Kritik zu nehmen, wurde ein juristisches Konstrukt geschaffen, daß in den Hochschulgesetzen die Aufgaben der Studentenschaften festschrieb um dann bei gegebenen Anlässen über rechtsaufsichtliche Maßnahmen den Studentenschaften einen Knebel in den Mund stecken zu können. Dies war nicht immer so. Als Studentenschaften noch von konservativen Burschenschaften dominiert waren, äußerten sich diese selbstverständlich zu Fragen, die nicht direkt mit den Belangen der Hochschule zu tun hatten. Aufrufe zum 17. Juni, Kommunistenhatz gegen die "DDR" und positive Stellungnahmen zur Wiederbewaffnung der BRD waren damals an der Tagesordnung.

An der Technischen Hochschule Darmstadt ist es bisher immer recht ruhig geblieben und dies sicher nicht deshalb, weil der AStA besonders "lieb" gewesen wäre. Immerhin war die THD eine der ersten Hochschulen, die gegen das neue Hochschulrahmengesetz streikte. Damals wurden drei Wochen lang sämtliche Veranstaltungen dicht gemacht - inklusive Praktika und Übungen. Der AStA hat Stellung bezogen zum Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, zu Folter in der Türkei, ebenso wie zum Bau der Startbahn. Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.



Schaut man sich die Bilanz an, so lagen die Studentenschaften nicht falsch. Mittlerweile hat die SPD begriffen, daß ihr Griff zum Radikalenerlass politisch falsch und undemokratisch war. Daß es in der Endphase der Auseinandersetzung um die Startbahn nicht mehr um eine Flughafenerweiterung, sondern um das Durchsetzen eines erklärten Zieles der Regierung ging, war allen klar.

Und schließlich bei der Volkszählung sitzen die statistischen Ämter auf einem Wust von Daten, der zumindest zu gesellschaftlichen Planungszwecken kaum zu gebrauchen ist.



Allerdings hat in Darmstadt die Präsidialabteilung nie dem AstA nachspioniert. Vielmehr agierte der Präsident wie ein Puffer zwischen der Kultusbürokratie und der Studentenschaft. Immer waren es Anfragen von "kommillitonen" des RCDS beim Minister für Wissenschaft und Kunst oder von außerhalb herangetragene "Beschwerden". Bereits 1982 mußte der Präsident der THD dem AstA Ordnungsgelder in Höhe von 3000.-DM androhen. Der Grund war vergleichsweise lächerlich. Nicht unsere Argumentation gegen die Startbahn West hatte die Gemüter im Kultusministerium erhitzt, sondern die Benutzung des Emblems "Keine Startbahn-West, Nachtflugverbot". Der AstA betonte damals in seiner Antwort: "In unseren Publikationen haben wir immer wieder den realen Bezug dieser Auseinandersetzung zur Studentenschaft deutlich gemacht. Was für die Arbeitsmarktsituation bezüglich der Rüstungsindustrie gilt, trifft in dem selben Maß auch auf technische Großprojekte wie die Startbahn zu. Wir werden es uns daher auch in Zukunft nicht nehmen lassen, über solche und ähnliche Tendenzen zu berichten."

Der Präsident der THD unternahm daraufhin keine konkreten Maßnahmen, die damalige Landesregierung schwieg.

Doch seit Wallmann das Ruder in Wiesbaden übernommen hat, weht ein anderer Wind.

Für sogenannte "allgemeinpolitischen Äußerungen" gibt es jetzt nicht mehr nur die gelbe Karte, sondern auch die rote.

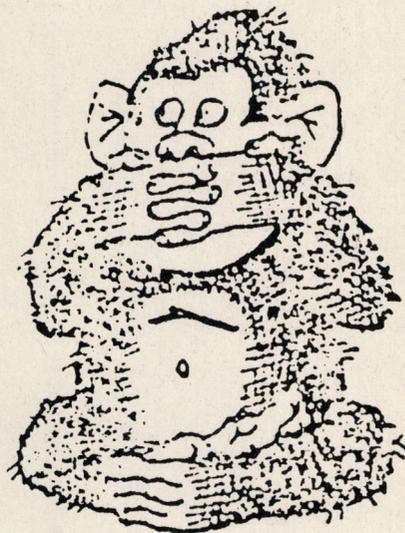
Folgende rechtsaufsichtlichen Maßnahmen können vom Präsidenten veranlaßt werden, beziehungsweise kann der Minister mit Erlaß anweisen:

1. **Androhung von Ordnungsgeldern:** Damit sollen die Asten gezwungen werden in Zukunft keine allgemeinpolitischen Äußerungen mehr zu tun.
 2. **Verhängung von Ordnungsgeldern:** Damit sollen die Asten massiv gezwungen werden, den Maulkorb umzulegen.
 3. **Androhung bzw. Sperrung von Studentenschaftsgeldern.** Damit wird nach dem Hochschulgesetz die härteste Maßnahme ergriffen. Die Arbeit der Studentenschaft, die an Geldmittel gebunden ist, wird damit blockiert.
- Neben Ordnungsmaßnahmen im Rahmen des Hessischen Hochschulgesetzes kann es auch zu staatsanwaltlichen Untersuchungen wegen Veruntreuung von Studentenschaftsgeldern kommen.

Diese letzte Stufe ist bislang noch nicht häufig praktiziert worden. Veruntreuung von Studentenschaftsgeldern heißt: Die gewählten ReferentInnen werden **persönlich** dafür verantwortlich gemacht, wie die Gelder verausgabt werden. Bei Verurteilung kann es zu Geld und Haftstrafen kommen.

Dies sind alles keine rosigen Perspektiven. Wichtig für die weitere politische Arbeit ist aber, daß sie verstärkt in der Studentenschaft verankert wird. Der AstA darf nicht über die Köpfe der Studierenden seine Positionen formulieren. Auch wenn es keine einheitlichen Interessen der Studentenschaft gibt, so müssen die politischen Zielsetzungen der Hochschulpolitischen Gruppen und Personen, die den AstA tragen und die dort hineingewählt wurden, in der Studentenschaft verankert werden.

Michael Siebel



Liebe LeserInnen,
wie wär's mit

Lyrik Erlebnisberichte Filmkritik Fernseh-
kritik Theaterkritik Sport Grüße an die Eltern
Witz der Woche Alles Gute zum Geburtstag
Ein Lied zwodreivier Schüttelreime Buchkritik
Kochrezepten Tips für Haus und Garten Zeichnungen
Erotik Wohlwollende Kritik an der ASTA-Zeitung
Erfahrungsberichte aus dem Mensauntergrund...



Wir reservieren Euch eine Seite in der
ASTA-Zeitung. Schreibt was Ihr denkt
und was Ihr wollt.

Beiträge bitte in den ASTA-Büros Stadtmitte
Altes Hauptgebäude und Lichtwiese Mensabaun
abgeben.

Die Red.

!
Liebe KommilitonInnen,

! wir, die Schloßkellercrew, suchen
! neue MitarbeiterInnen. Wer Interes-
! se und Lust an einer kreativen und
! schwierigen Arbeit im Kollektiv
! hat, soll sich am Montag, den 5.12.
! um 17.00 Uhr zur Vorstellung im
! Schloßkeller einfinden.

! Bringt Zeit mit !!!

! Euer Schloßkellerteam
! !